

**PB.S-01-781** Kapitel 3: Solidarität sichern

Antragsteller\*in: Kreisverband Altona  
Beschlussdatum: 28.04.2021

## Änderungsantrag zu PB.S-01

### Von Zeile 780 bis 782:

örtliche Einzelhandel attraktivere Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung und Leerstand an. **[Leerzeichen]**

Wir stellen den Kommunen Förderfonds bereit, mit denen sie vereinzelt in betroffenen Quartieren die multifunktionale Nutzung von Einzelhandelsflächen fördern können und so Räume schaffen für saisonale oder feste kleinteilige Nutzungen wie kulturelle Kreativprojekte, Selbsthilfewerkstätten, Sozialberatung, kleinere Quartiersveranstaltungen oder kleine Einzelhandels-Startups.

### Begründung

Wir stehen mit der Corona Pandemie vor einer leider nicht so positiven Veränderung in unseren Quartierszentren. Es wird Leerstände auch größerer Flächen geben. Droht dann unseren Zentren die Verwaisung?

Aus Corona Krisenmitteln haben wir als Grüne eine Teamleistung erbracht: Wir haben aus Altona mit unserer Bürgerschaftsfraktion einen Fonds für die Unterstützung unserer Quartierszentren für alle Bezirke auf den Weg gebracht. Aktionen wie Laternelaufen, Straßenkünstler:innen, Pflanzaktionen und Verbesserung der Webauftritte von IGen im Netz können wir damit erstmalig in Altona direkt aus unserer Wirtschaftsförderung finanzieren. Die Interessen- und Werbegemeinschaften sollen sich neben dem reinen Onlinehandel wieder in Erinnerung bringen können und die Menschen in die Quartierszentren einladen. Aus dem geschaffenen Hamburger Neustartfonds City & Zentren bekommt die Wirtschaftsförderung in Altona für 2021 und 2022 jeweils 75.000€ als Rahmenvorgabe. Diesen Krisenfonds hat der Senat am 20. April 2021 beschlossen.

Daneben haben wir mit Leerstand zu kämpfen. Um leerstehende Flächen zu bespielen und die Quartiere lebendig zu erhalten benötigen wir jedoch noch Ideen, Träger und Mittel, wie wir mit Leerstand größerer Flächen im Einzelhandel durch sich zurückziehende Filialisten umgehen können.

Wir können Leerstand im Einzelhandel als Chance für die Transformation zur Multifunktionalen Nutzung sehen, und müssen ihn nicht per se bekämpfen, sondern neue Konzepte vorleben, die dann von privaten Eigner:innen übernommen werden. Beispielhaft kann eine Kommune eine Fläche eines ehemaligen Einzelhandelsbetriebs anmieten und kleinteilig untervermieten an soziale Träger mit Beratungsangeboten, kulturelle Einrichtungen, KreativstartUps, Bildungsinitiativen und gleichzeitig kleinere Einzelhändler:innen. Geld haben die Kommunen dafür bislang noch nicht, hier braucht es ein Bundesförderprogramm für Kommunen. Das fordert auch der Deutsche Städtetag in einem Entwurf eines Diskussionspapiers beschlossen in seinem Hauptausschuss vom 25.02.2021: <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/2021/210224-diskussionspapier-zur-innenstadt.pdf>